

21. Juli 2018 Internationaler Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher

unter Schirmherrschaft von Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jusos

20 Jahre Gedenktag - ein erfolgreiches Bündnis für Akzeptierende Drogenpolitik

Vor 20 Jahren haben Eltern zum ersten Mal einen Gedenktag für ihre verstorbenen Kinder veranstaltet. In diesen 20 Jahren konnten wir mit unseren Verbündeten, u.a. aus Drogen- und Aidshilfen, Fachgesellschaften und der Eltern- und JES-Selbsthilfe, wichtige Erfolge erzielen.

Denn die insgesamt positiven Entwicklungen sind nicht zuletzt unserem unermüdlichen Einsatz für eine praxis- und lebensnahe Akzeptierende Drogenpolitik geschuldet: Die Akzeptanz und Etablierung der Substitutionsbehandlung hat in dieser Zeit stark zugenommen.

In den 90ern mussten Patienten noch HIV infiziert sein, um Zugang zu dieser Behandlungsform zu erhalten. Heute werden in Deutschland etwa 80.000 Menschen mit einer breiten Palette von Medikamenten substituiert. Allerdings sollten sich Ärzte bei der Wahl des jeweiligen Substitutionsmittels stärker an den Wünschen des Patienten orientieren. Mehr Mitsprache wäre hier gewünscht.

Auch die Behandlung mit medizinischem Heroin (Diamorphin) ist heute eine Option, wenngleich noch immer an deutlich zu wenigen Orten möglich. Die Sonderstellung dieses Medikaments gegenüber anderen Substituten scheint uns nicht sinnvoll zu sein. Durch die Heroinstudie und nachfolgende praktische Erfahrung ist die positive Auswirkung dieser Form der Behandlung für viele Patienten deutlich geworden.

Im Jahr 2000 wurde die gesetzliche Grundlage für den Betrieb von Drogenkonsumräumen gelegt. Eine pragmatische Überlebenshilfe. Noch niemand ist bislang in einem solchen Raum nach dem Konsum gestorben, und durch Verwendung steriler Spritzen ist die Gefahr einer Infektion dort minimiert. Leider sind diese Gesundheitsräume noch zu wenig verbreitet, es gibt sie nur in 6 von 16 Bundesländern. Auch die Versorgung der Drogenszene mit Naloxon, einem Heroin-Gegengift, steht erst am Anfang. Und Drugchecking, also Test der Drogen auf Verunreinigungen, bedarf noch gesetzlicher Grundlagen. Insgesamt jedoch ist Harm Reduktion, also das Prinzip der Risikominderung, heute zu einer etablierten Säule der Drogenpolitik und -arbeit geworden.

Sucht ist eine behandelungsfähige Krankheit. Eine menschenunwürdige, auf Verbote angelegte Drogenpolitik kriminalisiert viele dieser kranken Menschen unnötig. Die staatliche Übernahme von Verantwortung durch die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten zum Verkauf psychoaktiver Substanzen in dafür qualifizierten Fachgeschäften erscheint uns als gute Lösung. Dadurch würde weitestgehend Kontrolle über den Drogenmarkt erlangt. Schädliche Beimischungen der Substanzen könnten ausgeschlossen werden, und auch der Jugendschutz wäre auf diese Weise zu garantieren.

Die Ignoranz der wissenschaftlichen Evidenz, im Hinblick auf Risiken und Schäden eines durch die Prohibition durchgesetzten totalen Drogenverbots hilft uns nicht weiter, das haben die vergangenen Jahre in aller Deutlichkeit gezeigt.

*„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser erstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“
Heather Brook, Australien*

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit | JES
Bundesverband | Deutsche AIDS-Hilfe | Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin | akzept**
Verantwortlich: Jürgen Heimchen, Ravensberger Str. 44, 42117 Wuppertal , Tel. 0202-423519